

# Noch ein Lockdown. Wer soll das bezahlen?

**Die Covid-Hilfsmilliarden sind leistbar, effizient eingesetzt werden sie aber nicht. So verschärfen sich Ungleichheit und Verteilungskampf**

**GASTKOMMENTAR:**  
**MARKUS MARTERBAUER**



**Markus Marterbauer leitet die Wirtschaftswissenschaft in der Arbeiterkammer Wien**

**M**illiardenschwere Hilfspakete und Abgabenstundungen für Unternehmen, Kurzarbeit für hunderttausende Beschäftigte, mehr als 500.000 Arbeitslose und der Einbruch der Staatseinnahmen in der tiefen Rezession: Sie rissen vergangenes Jahr ein Loch von 40 Milliarden Euro in den Staatshaushalt, heuer könnte es 30 Milliarden betragen.

Ohne ein Budgetdefizit wären zusätzlich Hunderttausende arbeitslos und zahllose Unternehmen in Konkurs. Bruno Kreisky's Diktum ist nach wie vor ökonomisch vernünftig: „Mir bereiten ein paar Milliarden Schulden weniger schlaflose Nächte als ein paar hunderttausend Arbeitslose.“

Allerdings scheinen heute die Milliarden recht ineffizient eingesetzt zu werden. Das beginnt mit dem Fehlen jeglicher Transparenz in Bezug auf die Frage, welches Unternehmen welche Subvention zu welchen Bedingungen bekommt. Es setzt sich in einem im Vergleich mit Deutschland doppelt so hohen Budgetdefizit gemessen am BIP fort. Hier wird viel Geld zum Fenster hinausgeschmissen, denn trotz der Maßnahmen ist der Wirtschaftseinbruch viel tiefer, sind Beschäftigungsrückgang wie Anstieg der Arbeitslosigkeit doppelt so hoch wie in Deutschland. Der 2,4 Milliarden Euro teure Umsatzerersatz für Betriebe rechnet bereits bezogene Förderungen für Kurzarbeit oder Fixkosten nicht gegen und fördert damit doppelt und dreifach. In das Covid-Maßnahmenpaket wird ein 276 Millionen schwerer Fonds für Waldbesitzer geschummelt. Die Mehrwertsteuersenkung im Gastgewerbe hilft primär den Großen, die Einkommensteuersenkung auch Besserverdie-

nern, die sie sparen, statt auszugeben. Die gebotene Evaluierung der Hilfsmaßnahmen wurde vom Finanzministerium erst gar nicht in Auftrag gegeben.

Unmittelbar viel wirksamer als so manche bürokratische, wenig zielgenaue und teure Hilfe sind die automatischen Leistungen des Sozialstaates, der in der Pandemie seine Sternstunde erlebt: Das angeblich ineffiziente Gesundheitssystem funktioniert, die mehr als hunderttausend Covid-Arbeitslosen bekommen rasch wenigstens ein Mindestmaß an Einkommensersatz. Dennoch kann der Sozialstaat die Krisenfolgen nur abmildern: Hunderttausend Arbeitslose, zigttausend kleine Selbstständige ohne soziale Absicherung und hunderttausende Kinder und Jugendliche aus bildungs-



**Ohne ein Budgetdefizit wären zusätzlich Hunderttausende arbeitslos und zahllose Unternehmen in Konkurs**

fernen Schichten, die im Homeschooling zurückbleiben oder zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt im Berufsleben Fuß zu fassen versuchen – sie tragen die Hauptlast der Krise.

Entscheidend für die Leistbarkeit von Hilfsmaßnahmen und Sozialausgaben ist weniger die Höhe der Staatsschulden als der Zinssatz der Staatsanleihen. Er ist auf absehbare Zeit negativ, Österreich zahlt also weniger zurück, als es heute an Schulden aufnimmt. Wurden vor zehn Jahren noch neun Milliarden pro Jahr für Zinsen gezahlt, so sind es heuer vier und in ein paar Jahren gegen null.

Doch die bereits beschlossenen, zig Milliarden schweren Hilfen reichen nicht. Soll die Arbeitslosigkeit sinken, dann brauchen wir mehr: unmittelbar die Erhöhung des Arbeitslosengeldes, um Einkommen zu stabilisieren und Armut zu verhindern. Über-

fällig sind zigttausend zusätzliche Ausbildungsplätze für Junge, zigttausend Plätze für Umschulung in Zukunftsjobs und zigttausend gemeinnützige Jobs für Langzeitarbeitslose. Darüber hinaus wird sich der Staat an Unternehmen beteiligen müssen, um eine Pleitewelle, ein Bankenschlingern und einen noch schlimmeren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Hier drohen allerdings weitere teure Fehler, denn eine unerfahrene, von Lobbys abhängige Wirtschaftspolitik kann bei Staatsbeteiligungen viel falsch machen. Strenge Bedingungen und volle Transparenz wären unabdingbar. Eine strategische Investitionsoffensive müsste jetzt die Weichen in Richtung Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Klimaschutz, Digitalisierung, soziale Pflege und Bildung stellen. Das alles wäre machbar, sinnvoll und auch finanzierbar.

Doch am Horizont dräut bereits die Debatte um den Abbau der hohen Schulden. Finanzminister Gernot Blümel hat dies spätestens für 2023 angekündigt. Auch sind die starren europäischen Fiskalregeln nur vorübergehend ausgesetzt, und eine dauerhafte Abhängigkeit der Staatsfinanzen von volatilen Finanzmärkten ist wirtschaftlich riskant. Finanzspekulation gegen einzelne Staaten kann deren Zinskosten signifikant erhöhen. Schließlich bieten hohe Schulden politisch für die Neoliberalen jenes Terrain, auf dem sie mit Vorliebe ihr altes ideologisches Steckenpferd des Sozialstaatsabbaus reiten. Die dieser Tage beginnende Diskussion um Pensionsausgaben und Kürzung des Arbeitslosengeldes ist alles andere als ein Zufall.

So verschärft die Covid-Krise nicht nur die soziale Ungleichheit, sondern auch den politischen Verteilungskampf, bei dem recht klar unterscheidbare Positionen aufeinander treffen: Neoliberale gegen Sozialstaat und Vermögenssteuern, Linke für Sozialstaat und Vermögenssteuern. Die Covid-Schulden sind dank niedriger Zinsen finanzierbar. Was es zu ändern gilt, ist die Konzentration der Krisenlasten auf Arbeitslose, kleine Selbstständige sowie Kinder und Jugendliche. **F**

**Ausland** Die Welt-Kolumne

## Wie Joe Biden den Ruf der USA wiederherstellen kann

**FRANZ KÖSSLER**



**Franz Kössler kommentiert an dieser Stelle das Weltgeschehen**

**N**icht nur der Sturm auf das Kapitol, um den gewählten Präsidenten zu verhindern, hat hohen Symbolwert. Auch der Belagerungszustand zum Schutz seiner Vertheidigung sagt viel über den Zustand der amerikanischen Demokratie aus und die Schwierigkeiten, ihr wieder eine führende Rolle in der globalen Politik zu geben. 25.000 Reservisten der National Guard wurden von ihren zivilen Jobs einberufen, auf Verfassungstreue überprüft, mit Sturm-

gewehren bewaffnet und in der Hauptstadt zusammengezogen, um das demokratische Ritual zu schützen. Das sind mehr US-Truppen, als in Afghanistan, Irak, Syrien und Somalia zusammen im Einsatz sind.

Um das durch die Trump-Präsidentschaft zerstörte Vertrauen zurückzugewinnen, müssen sich die USA erst einmal mit ihren inneren Widersprüchen auseinandersetzen, die zur aktuellen Krise geführt haben. Wie können sie sonst den Anspruch erheben, andere Länder Demokratie zu lehren? Diese Frage stellt auch der Politologe Francis Fukuyama, der vor 30 Jahren die Beendigung des Kalten Kriegs als Ende der Geschichte und endgültigen Triumph der liberalen Demokratie gedeutet hat. Jetzt sieht er sie geschwächt, in einer Glaubwürdigkeitskrise.

Joe Biden hat schon für die ersten Tage seiner Präsidentschaft eine Reihe von De-

kreten angekündigt, die den Bruch mit der Konfrontationsstrategie Trumps besiegeln sollen. Die USA wollen sich zu globalen Themen wie Pandemie, Klimawandel, Rüstungskontrolle, Iran-Krise oder Migration als Führungskraft zurückmelden. Zugleich versucht der Kongress, mit dem Impeachment Trumps einen Schlusstrich zu ziehen, im Idealfall auch dessen Rückkehr in vier Jahren zu verunmöglichen. Die 74 Millionen Amerikaner und Amerikanerinnen, die trotz allem für Donald Trump gestimmt haben, und seine Anhänger in einer inzwischen gespaltenen Republikanischen Partei bleiben als Risiko weiter bestehen.

Der neue Präsident hat ein Team mit Kompetenz und Erfahrung nominiert. Seit 2008, als Obama und Biden zum ersten Mal die Wahl gewannen, haben sich aber viele Perspektiven in der amerikanischen Gesellschaft verschoben. Biden braucht ein